

BmG-Infobrief 05/2025

Burgwedel, den 26. September 2025

Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute „Expansive Finanzpolitik kaschiert Wachstumsschwäche“

Mit diesem Titel haben die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute ihr Herbstgutachten 2025 vorgelegt.

Darin erwarten sie für das Jahr 2025 lediglich ein minimales Wachstum des **Bruttoinlandsprodukts (BIP)** von **real +0,2 %**. Zuwächse werden dann mit +1,3 % bzw. +1,4 % für die Jahre 2026 und 2027 erwartet. Diese sind allerdings wenig nachhaltig, sondern werden insbesondere ausgelöst durch die deutlich erhöhten Staatsausgaben. Insofern sehen die Institute Deutschland wirtschaftspolitisch an einem Wendepunkt. Erhebliche Unsicherheiten ergeben sich außerdem durch die globale Handelspolitik.

- Der **private Konsum** ist in den vergangenen beiden Jahren durch Inflation und Reallohnverluste stark belastet worden. Für das Jahr 2025 wird eine Stabilisierung mit +1,0 % prognostiziert, die sich 2026 und 2027 fortsetzen dürfte (+1,0 % bzw. +0,9 %). Sinkende Inflationsraten, steigende Reallöhne und die wieder anziehende Beschäftigung führen dazu, dass die privaten Haushalte ihre Kaufkraft zurückgewinnen. Auch der **staatliche Konsum** wird durch die zusätzlichen Ausgabenprogramme stabilisiert, wobei ein erheblicher Teil der neuen Kreditmittel in konsumtive Bereiche fließt (2025 und 2026: jeweils +2,1 %, 2027: +1,7 %). Insgesamt wird die Binnennachfrage zum zentralen Wachstumstreiber.
- Die **Ausrüstungsinvestitionen** sind angesichts der hohen Unsicherheit auch 2025 noch rückläufig (-2,1 %). 2026 und 2027 werden mit jeweils +3,9 % wieder signifikante Zuwächse erwartet, allerdings ausgehend von niedrigem Niveau.
- Im **Außenhandel** bleibt die Lage angespannt. Der deutsche Export stagniert 2025, da die weltwirtschaftliche Nachfrage schwach ist und sich gleichzeitig protektionistische Tendenzen verstärken. 2026 und 2027 werden mit +1,5 % bzw. +1,7 % geringe Zuwächse erwartet. Die Importe entwickeln sich hingegen etwas lebhafter, da die inländische Nachfrage wieder zunimmt. In der Folge trägt der Außenbeitrag in den kommenden Jahren wenig bis gar nichts zum Wirtschaftswachstum bei.
- Der **Verbraucherpreisindex** zeigt eine deutliche Entspannung. Für den Prognosezeitraum erwarten die Institute Zuwächse in der Größenordnung bzw. geringfügig über der Zielmarke der Europäischen Zentralbank von etwa zwei Prozent. Damit dürften die Realeinkommen wieder steigen und die Konsumnachfrage stützen.
- Am **Arbeitsmarkt** zeigt sich ein gemischtes Bild. Infolge der Rezession ist die Beschäftigung zeitweise rückläufig gewesen, die Arbeitslosigkeit ist leicht gestiegen und dürfte 2025 im Mittel bei 6,3 % liegen. Ab 2026 erwarten die



**Fachvereinigung
Betonbauteile
mit Gitterträgern**

Raiffeisenstraße 8
30938 Großburgwedel
Tel. 05139 9599-30
Fax 05139 9994-51
www.fachvereinigung-bmg.de
info@fachvereinigung-bmg.de

DEUTSCHE
BETONBAUTEILE
solid
UNIT

Institute jedoch wieder einen Beschäftigungsaufbau, wenn auch in moderatem Tempo. Die Engpässe auf dem Fachkräftemarkt bleiben bestehen und wirken weiterhin als strukturelles Problem. Zugleich begrenzen steigende Arbeitskosten die Wettbewerbsfähigkeit, was insbesondere für exportorientierte Branchen spürbar ist.

Zur **Baukonjunktur** nehmen die Institute unter dem Titel „**Infrastruktur als Stütze: Bauinvestitionen finden Halt**“ wie folgt Stellung:

„Die Bauinvestitionen sind in der ersten Jahreshälfte 2025 zum neunten Mal in Folge zurückgegangen (-2,4 % im Vergleich zum Vorjahreshalbjahr). Zwar waren sie im ersten Quartal mit einem leichten Plus von 0,2 % stabil, jedoch folgte auf das kurze Aufatmen ein Einbruch um 2,1 % im zweiten Quartal. Sowohl Wohn- als auch Wirtschaftsbauinvestitionen verzeichneten ausgeprägte Rückgänge, während Investitionen in öffentliche Nichtwohnbauten die Gesamtentwicklung stabilisierten. Ausschlaggebend für die insgesamt positivere Dynamik der Nichtwohnbauten dürften im laufenden Jahr abermals Investitionen in den Tiefbau sein, der vor allem Infrastrukturmaßnahmen umfasst: Die Auftragseingänge, abgesehen vom Straßenbau, verlaufen bereits seit mehreren Jahren äußerst dynamisch und auch die Bauproduktion ist bis an den aktuellen Rand aufwärtsgerichtet. Der Hochbau schwächelt hingegen weiterhin.

Ab der zweiten Jahreshälfte dürften sich die Bauinvestitionen sehr allmählich beleben. Die Kapazitätsauslastung im Baugewerbe liegt im dritten Quartal ausweislich der vorliegenden Monatswerte bis August über dem Niveau des Vorquartals. Zudem entwickelt sich die Bauproduktion insgesamt seit Mai positiv und die Hemmnisse in der Bauaktivität sind laut ifo Konjunkturumfragen rückläufig. Darüber hinaus haben sich die Geschäftserwartungen seit Beginn dieses Jahres deutlich verbessert, wenngleich sie zuletzt noch immer im negativen Bereich lagen. Für das dritte und vierte Quartal erwarten die Institute daher nur leichte Anstiege der Bauinvestitionen um jeweils 0,2 %. Insgesamt ergibt sich aufgrund des schwachen ersten Halbjahres für das Jahr **2025 ein Rückgang der Bauinvestitionen um 1,7 %**. In den kommenden beiden Jahren dürften sie, ausgehend von dem aktuell sehr niedrigen Niveau, moderat ausgeweitet werden; für das Jahr **2026** erwarten die Institute einen **Anstieg um 1,7 %**, für das Jahr **2027 um 2,3 %**.

Besonders die **öffentlichen Nichtwohnbauinvestitionen** dürften im Prognosezeitraum **in dem Maße kräftig zulegen, wie das SVIK zusätzliche Wirkung entfaltet**. Im laufenden Jahr dürften die Impulse noch moderat ausfallen. So hat die verzögerte Verabschiedung des Bundeshaushalts wohl zu einer Verschiebung geplanter Investitionen geführt. Darüber hinaus haben sich die Auftragseingänge im Straßenbau seit einem Jahr äußerst schwach entwickelt. Für das Jahr **2026 erwarten die Institute eine spürbare Belebung**, nominal dürften sie gegenüber dem Vorjahr um etwa 9 % zulegen. Vor dem Hintergrund weiter kräftig steigender Preise dürfte der reale Zuwachs 5,2 % betragen. Im Jahr 2027 wird sich das **Expansionstempo wohl verringern**, die realen öffentlichen Nichtwohnbauten legen dann voraussichtlich noch um 3,5 % zu. Der kräftige Anstieg ist jedoch, anders als bei den öffentlichen Ausstattungsinvestitionen, nicht als strukturelle Veränderung zu werten, sondern stellt eine Fortsetzung des Aufwärtstrends der vergangenen Jahre dar. **Ohne**

die im Rahmen des SVIK vorgesehenen Mehrausgaben wären die Investitionen im Prognosezeitraum dagegen wohl rückläufig.

Auch der **Wirtschaftsbau** wird im Prognosezeitraum voraussichtlich etwas ausgeweitet, allerdings weniger kräftig als im öffentlichen Bereich. So dürfte die andauernde **Industrieschwäche** und der **Strukturwandel** die Unternehmen davon abhalten, umfangreich in neue Fabrikgebäude und Lagerhallen zu investieren. Investitionen in den **gewerblichen Tiefbau**, beispielsweise den Ausbau von Stromtrassen und Glasfasernetzen, werden dagegen **wohl weiter ausgeweitet** und damit den Wirtschaftsbau insgesamt stützen. Zusammengekommen ergibt sich für den Nichtwohnbau im Prognosezeitraum eine robuste Expansion.

Dagegen ist im **Wohnbau nur mit einer sehr schwachen Dynamik** zu rechnen. Nach wie vor können sich viele Haushalte den Hausbau aufgrund der hohen Zinsen und Baupreise nicht leisten: Das Verhältnis zwischen Annuitäten und Einkommen ist am aktuellen Rand dank steigender verfügbarer Einkommen zwar wieder etwas günstiger geworden, insgesamt bleiben die **Finanzierungsbedingungen jedoch angespannt**. So ist bislang das Neukreditvolumen nur schwach gestiegen. Dies spiegelt sich auch in den Auftragseingängen, die sich auf niedrigem Niveau eingependelt haben. Der bis zuletzt verzeichnete Abwärtstrend im Wohnbau dürfte dennoch durchbrochen sein: Die Baugenehmigungen zeigen am aktuellen Rand leichte Zuwächse – im ersten Halbjahr lagen sie 2,9 % über dem Vorjahreszeitraum. Die Auftragsreichweite hat sich ebenfalls etwas verbessert und lag zuletzt bei knapp unter vier Monaten, so hoch wie seit zwei Jahren nicht mehr. Der Anteil an Wohnbauunternehmen, die laut ifo Konjunkturumfragen über Auftragsmangel berichten, ist seit Jahresbeginn rückläufig, während sich die Produktions- und Geschäftserwartungen im Jahresverlauf im negativen Bereich kontinuierlich gebessert haben. So dürfte sich der **Wohnbau in der zweiten Jahreshälfte auf niedrigem Niveau stabilisieren**. Vor dem Hintergrund stabiler Zinskosten für Immobilienkredite, der Entspannung am Arbeitsmarkt und weiter steigender Einkommen dürfte er **im kommenden Jahr wieder etwas ausgeweitet** werden. Nichtsdestotrotz bleiben die Wohnbauinvestitionen in der kurzen Frist im Niveau deutlich – um über 10 % – unter dem durchschnittlichen Volumen der Boom-Jahre 2014 bis 2021.

Im Baugewerbe zeigen sich weiterhin **keine Preisrückgänge** – im Gegenteil: Am aktuellen Rand hat sich die **Teuerung wieder etwas beschleunigt** und auch die Preiserwartungen der Bauunternehmen sind laut ifo-Konjunkturumfrage leicht gestiegen. Während die **Kapazitätsauslastung** in einigen Baubereichen, **insbesondere im Hochbau, gering** ist, sind die Bereiche, in denen im Prognosezeitraum zusätzliche Nachfrage zu erwarten ist, bereits stark ausgelastet. Dem schnellen Aufbau von Kapazitäten stehen **fehlende Fachkräfte** entgegen. Hinzu kommt, dass sich Gründungen von Bauunternehmen in Grenzen halten und **Insolvenzen weiter hoch** bleiben, zuletzt waren es etwa 200 eröffnete Verfahren pro Monat.

Die Institute gehen davon aus, dass die Baupreise in diesem Jahr um 3,3 % gegenüber dem Vorjahr steigen. In den kommenden Jahren dürfte der Preisauftrieb zunehmen (3,4 % im Jahr 2026 und 3,6 % im Jahr 2027).“

Die für den öffentlichen Tiefbau erwarteten positiven Impulse werden maßgeblich davon abhängen, ob die aus dem SVIK zu finanzierenden Infrastrukturinvestitionen hinsichtlich Genehmigungsverfahren und Kapazitäten umgesetzt werden können.

In ihren weiteren Ausführungen appellieren die Institute an die Bundesregierung, angesichts des deutlich gesunkenen Potenzialwachstums und der verhaltenen Aussichten umfassende Reformen durchzuführen. Hierfür werden 12 Vorschläge gemacht, etwa hinsichtlich der Stärkung der relativen Wettbewerbsfähigkeit durch Handelsabkommen und gemeinsame internationale Regulierungen, die Stabilisierung der Sozialversicherungen, die Erhöhung von Arbeitsanreizen, die Stärkung des CO₂-Preises als Marktinstrument und die Steigerung der Effizienz der öffentlichen Verwaltung.

Die Tabellen zu den Eckdaten der Prognose sowie zu den realen Veränderungen der Bauinvestitionen sind beigefügt. Das vollständige Gutachten finden Sie [unter diesem Link](#).

BmG-Infobrief 05/2025

Burgwedel, den 12. September 2025

Herbstgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute „Expansive Finanzpolitik kaschiert Wachstumsschwäche“

Mit diesem Titel haben die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute ihr Herbstgutachten 2025 vorgelegt.

Darin erwarten sie für das Jahr 2025 lediglich ein minimales Wachstum des **Bruttoinlandsprodukts (BIP)** von **real +0,2 %**. Zuwächse werden dann mit +1,3 % bzw. +1,4 % für die Jahre 2026 und 2027 erwartet. Diese sind allerdings wenig nachhaltig, sondern werden insbesondere ausgelöst durch die deutlich erhöhten Staatsausgaben. Insofern sehen die Institute Deutschland wirtschaftspolitisch an einem Wendepunkt. Erhebliche Unsicherheiten ergeben sich außerdem durch die globale Handelspolitik.

- Der **private Konsum** ist in den vergangenen beiden Jahren durch Inflation und Reallohnverluste stark belastet worden. Für das Jahr 2025 wird eine Stabilisierung mit +1,0 % prognostiziert, die sich 2026 und 2027 fortsetzen dürfte (+1,0 % bzw. +0,9 %). Sinkende Inflationsraten, steigende Reallöhne und die wieder anziehende Beschäftigung führen dazu, dass die privaten Haushalte ihre Kaufkraft zurückgewinnen. Auch der **staatliche Konsum** wird durch die zusätzlichen Ausgabenprogramme stabilisiert, wobei ein erheblicher Teil der neuen Kreditmittel in konsumtive Bereiche fließt (2025 und 2026: jeweils +2,1 %, 2027: +1,7 %). Insgesamt wird die Binnennachfrage zum zentralen Wachstumstreiber.
- Die **Ausrüstungsinvestitionen** sind angesichts der hohen Unsicherheit auch 2025 noch rückläufig (-2,1 %). 2026 und 2027 werden mit jeweils +3,9 % wieder signifikante Zuwächse erwartet, allerdings ausgehend von niedrigem Niveau.
- Im **Außenhandel** bleibt die Lage angespannt. Der deutsche Export stagniert 2025, da die weltwirtschaftliche Nachfrage schwach ist und sich gleichzeitig protektionistische Tendenzen verstärken. 2026 und 2027 werden mit +1,5 % bzw. +1,7 % geringe Zuwächse erwartet. Die Importe entwickeln sich hingegen etwas lebhafter, da die inländische Nachfrage wieder zunimmt. In der Folge trägt der Außenbeitrag in den kommenden Jahren wenig bis gar nichts zum Wirtschaftswachstum bei.
- Der **Verbraucherpreisindex** zeigt eine deutliche Entspannung. Für den Prognosezeitraum erwarten die Institute Zuwächse in der Größenordnung bzw. geringfügig über der Zielmarke der Europäischen Zentralbank von etwa zwei Prozent. Damit dürften die Realeinkommen wieder steigen und die Konsumnachfrage stützen.
- Am **Arbeitsmarkt** zeigt sich ein gemischtes Bild. Infolge der Rezession ist die Beschäftigung zeitweise rückläufig gewesen, die Arbeitslosigkeit ist leicht gestiegen und dürfte 2025 im Mittel bei 6,3 % liegen. Ab 2026 erwarten die



**Fachvereinigung
Betonbauteile
mit Gitterträgern**

Raiffeisenstraße 8
30938 Großburgwedel
Tel. 05139 9599-30
Fax 05139 9994-51
www.fachvereinigung-bmg.de
info@fachvereinigung-bmg.de

DEUTSCHE
BETONBAUTEILE
solid
UNIT

Institute jedoch wieder einen Beschäftigungsaufbau, wenn auch in moderatem Tempo. Die Engpässe auf dem Fachkräftemarkt bleiben bestehen und wirken weiterhin als strukturelles Problem. Zugleich begrenzen steigende Arbeitskosten die Wettbewerbsfähigkeit, was insbesondere für exportorientierte Branchen spürbar ist.

Zur **Baukonjunktur** nehmen die Institute unter dem Titel „**Infrastruktur als Stütze: Bauinvestitionen finden Halt**“ wie folgt Stellung:

„Die Bauinvestitionen sind in der ersten Jahreshälfte 2025 zum neunten Mal in Folge zurückgegangen (-2,4 % im Vergleich zum Vorjahreshalbjahr). Zwar waren sie im ersten Quartal mit einem leichten Plus von 0,2 % stabil, jedoch folgte auf das kurze Aufatmen ein Einbruch um 2,1 % im zweiten Quartal. Sowohl Wohn- als auch Wirtschaftsbauinvestitionen verzeichneten ausgeprägte Rückgänge, während Investitionen in öffentliche Nichtwohnbauten die Gesamtentwicklung stabilisierten. Ausschlaggebend für die insgesamt positivere Dynamik der Nichtwohnbauten dürften im laufenden Jahr abermals Investitionen in den Tiefbau sein, der vor allem Infrastrukturmaßnahmen umfasst: Die Auftragseingänge, abgesehen vom Straßenbau, verlaufen bereits seit mehreren Jahren äußerst dynamisch und auch die Bauproduktion ist bis an den aktuellen Rand aufwärtsgerichtet. Der Hochbau schwächelt hingegen weiterhin.

Ab der zweiten Jahreshälfte dürften sich die Bauinvestitionen sehr allmählich beleben. Die Kapazitätsauslastung im Baugewerbe liegt im dritten Quartal ausweislich der vorliegenden Monatswerte bis August über dem Niveau des Vorquartals. Zudem entwickelt sich die Bauproduktion insgesamt seit Mai positiv und die Hemmnisse in der Bauaktivität sind laut ifo Konjunkturumfragen rückläufig. Darüber hinaus haben sich die Geschäftserwartungen seit Beginn dieses Jahres deutlich verbessert, wenngleich sie zuletzt noch immer im negativen Bereich lagen. Für das dritte und vierte Quartal erwarten die Institute daher nur leichte Anstiege der Bauinvestitionen um jeweils 0,2 %. Insgesamt ergibt sich aufgrund des schwachen ersten Halbjahres für das Jahr **2025 ein Rückgang der Bauinvestitionen um 1,7 %**. In den kommenden beiden Jahren dürften sie, ausgehend von dem aktuell sehr niedrigen Niveau, moderat ausgeweitet werden; für das Jahr **2026** erwarten die Institute einen **Anstieg um 1,7 %**, für das Jahr **2027 um 2,3 %**.

Besonders die **öffentlichen Nichtwohnbauinvestitionen** dürften im Prognosezeitraum **in dem Maße kräftig zulegen, wie das SVIK zusätzliche Wirkung entfaltet**. Im laufenden Jahr dürften die Impulse noch moderat ausfallen. So hat die verzögerte Verabschiedung des Bundeshaushalts wohl zu einer Verschiebung geplanter Investitionen geführt. Darüber hinaus haben sich die Auftragseingänge im Straßenbau seit einem Jahr äußerst schwach entwickelt. Für das Jahr **2026 erwarten die Institute eine spürbare Belebung**, nominal dürften sie gegenüber dem Vorjahr um etwa 9 % zulegen. Vor dem Hintergrund weiter kräftig steigender Preise dürfte der reale Zuwachs 5,2 % betragen. Im Jahr 2027 wird sich das **Expansionsstempo wohl verringern**, die realen öffentlichen Nichtwohnbauten legen dann voraussichtlich noch um 3,5 % zu. Der kräftige Anstieg ist jedoch, anders als bei den öffentlichen Ausstattungsinvestitionen, nicht als strukturelle Veränderung zu werten, sondern stellt eine Fortsetzung des Aufwärtstrends der vergangenen Jahre dar. **Ohne**

die im Rahmen des SVIK vorgesehenen Mehrausgaben wären die Investitionen im Prognosezeitraum dagegen wohl rückläufig.

Auch der **Wirtschaftsbau** wird im Prognosezeitraum voraussichtlich etwas ausgeweitet, allerdings weniger kräftig als im öffentlichen Bereich. So dürfte die andauernde **Industrieschwäche** und der **Strukturwandel** die Unternehmen davon abhalten, umfangreich in neue Fabrikgebäude und Lagerhallen zu investieren. Investitionen in den **gewerblichen Tiefbau**, beispielsweise den Ausbau von Stromtrassen und Glasfasernetzen, werden dagegen **wohl weiter ausgeweitet** und damit den Wirtschaftsbau insgesamt stützen. Zusammengekommen ergibt sich für den Nichtwohnbau im Prognosezeitraum eine robuste Expansion.

Dagegen ist im **Wohnbau nur mit einer sehr schwachen Dynamik** zu rechnen. Nach wie vor können sich viele Haushalte den Hausbau aufgrund der hohen Zinsen und Baupreise nicht leisten: Das Verhältnis zwischen Annuitäten und Einkommen ist am aktuellen Rand dank steigender verfügbarer Einkommen zwar wieder etwas günstiger geworden, insgesamt bleiben die **Finanzierungsbedingungen jedoch angespannt**. So ist bislang das Neukreditvolumen nur schwach gestiegen. Dies spiegelt sich auch in den Auftragseingängen, die sich auf niedrigem Niveau eingependelt haben. Der bis zuletzt verzeichnete Abwärtstrend im Wohnbau dürfte dennoch durchbrochen sein: Die Baugenehmigungen zeigen am aktuellen Rand leichte Zuwächse – im ersten Halbjahr lagen sie 2,9 % über dem Vorjahreszeitraum. Die Auftragsreichweite hat sich ebenfalls etwas verbessert und lag zuletzt bei knapp unter vier Monaten, so hoch wie seit zwei Jahren nicht mehr. Der Anteil an Wohnbauunternehmen, die laut ifo Konjunkturumfragen über Auftragsmangel berichten, ist seit Jahresbeginn rückläufig, während sich die Produktions- und Geschäftserwartungen im Jahresverlauf im negativen Bereich kontinuierlich gebessert haben. So dürfte sich der **Wohnbau in der zweiten Jahreshälfte auf niedrigem Niveau stabilisieren**. Vor dem Hintergrund stabiler Zinskosten für Immobilienkredite, der Entspannung am Arbeitsmarkt und weiter steigender Einkommen dürfte er **im kommenden Jahr wieder etwas ausgeweitet** werden. Nichtsdestotrotz bleiben die Wohnbauinvestitionen in der kurzen Frist im Niveau deutlich – um über 10 % – unter dem durchschnittlichen Volumen der Boom-Jahre 2014 bis 2021.

Im Baugewerbe zeigen sich weiterhin **keine Preisrückgänge** – im Gegenteil: Am aktuellen Rand hat sich die **Teuerung wieder etwas beschleunigt** und auch die Preiserwartungen der Bauunternehmen sind laut ifo-Konjunkturumfrage leicht gestiegen. Während die **Kapazitätsauslastung** in einigen Baubereichen, **insbesondere im Hochbau, gering** ist, sind die Bereiche, in denen im Prognosezeitraum zusätzliche Nachfrage zu erwarten ist, bereits stark ausgelastet. Dem schnellen Aufbau von Kapazitäten stehen **fehlende Fachkräfte** entgegen. Hinzu kommt, dass sich Gründungen von Bauunternehmen in Grenzen halten und **Insolvenzen weiter hoch** bleiben, zuletzt waren es etwa 200 eröffnete Verfahren pro Monat.

Die Institute gehen davon aus, dass die Baupreise in diesem Jahr um 3,3 % gegenüber dem Vorjahr steigen. In den kommenden Jahren dürfte der Preisauftrieb zunehmen (3,4 % im Jahr 2026 und 3,6 % im Jahr 2027).“

Die für den öffentlichen Tiefbau erwarteten positiven Impulse werden maßgeblich davon abhängen, ob die aus dem SVIK zu finanzierenden Infrastrukturinvestitionen hinsichtlich Genehmigungsverfahren und Kapazitäten umgesetzt werden können.

In ihren weiteren Ausführungen appellieren die Institute an die Bundesregierung, angesichts des deutlich gesunkenen Potenzialwachstums und der verhaltenen Aussichten umfassende Reformen durchzuführen. Hierfür werden 12 Vorschläge gemacht, etwa hinsichtlich der Stärkung der relativen Wettbewerbsfähigkeit durch Handelsabkommen und gemeinsame internationale Regulierungen, die Stabilisierung der Sozialversicherungen, die Erhöhung von Arbeitsanreizen, die Stärkung des CO₂-Preises als Marktinstrument und die Steigerung der Effizienz der öffentlichen Verwaltung.

Die Tabellen zu den Eckdaten der Prognose sowie zu den realen Veränderungen der Bauinvestitionen sind beigefügt. Das vollständige Gutachten finden Sie [unter diesem Link](#).

Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2022	2023	2024	2025	2026	2027
Bruttoinlandsprodukt ¹	1,8	-0,9	-0,5	0,2	1,3	1,4
Erwerbstätige ² (1 000 Personen)	45 629	45 935	45 987	46 006	46 109	46 247
Arbeitslose (1 000 Personen)	2 418	2 609	2 787	2 943	2 854	2 621
Arbeitslosenquote BA ³ (in %)	5,3	5,7	6,0	6,3	6,1	5,6
Verbraucherpreise ⁴	6,9	5,9	2,2	2,1	2,0	2,3
Lohnstückkosten ^{4,5}	3,8	7,6	5,6	3,8	2,1	2,2
Finanzierungssaldo des Staates ⁶						
In Mrd. Euro	-76,1	-105,2	-115,3	-100,3	-143,5	-163,9
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukt	-1,9	-2,5	-2,7	-2,2	-3,1	-3,4
Leistungsbilanzsaldo						
In Mrd. Euro	152,0	232,8	249,7	229,2	219,8	217,6
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukt	3,8	5,5	5,8	5,1	4,7	4,5

¹ Preisbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

² Inlandskonzept.

³ Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit).

⁴ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

⁵ Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

⁶ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Deutsche Bundesbank;
2025 bis 2027: Prognose der Institute.

© GD Herbst 2025

Bauinvestitionen

	2024	2022	2023	2024	2025	2026	2027
	Anteile in %	Veränderung ggü. dem Vorjahr in %, preisbereinigt					
Wohnbauten	60,0	-4,2	-7,3	-5,4	-3,3	0,9	2,0
Nichtwohnbauten	40,0	-4,5	-3,6	-0,1	0,8	2,9	2,7
Gewerblicher Bau	23,2	-5,6	-6,4	-5,0	0,7	1,2	2,2
Öffentlicher Bau	16,8	-2,6	1,1	7,4	0,9	5,2	3,5
Bauinvestitionen	100,0	-4,3	-5,9	-3,4	-1,7	1,7	2,3

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2025 bis 2027: Prognose der Institute.

© GD Herbst 2025